

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Das Leben wird immer teurer“. Das scheint ein Naturgesetz zu sein. Es gibt zwar Statistiker, die uns weismachen wollen, wir würden uns das nur einreden. Anhand des Haushalts 2011 kann ich aber belegen, dass wir nur das fühlen, was auch so ist.

Nehmen wir einmal die Inflation. Sie betrug in den letzten fünf Jahren über acht Prozent. Da sich der sogenannte Warenkorb einer Gemeinde von dem des Verbrauchers deutlich unterscheidet, liegen die Kommunalhaushalte weit darüber. Das Leben für eine Gemeinde wird aber auch deshalb immer teurer, weil man uns immer mehr abzieht, oder anders gesagt, mehr aufbürdet, wir aber nicht in gleichem Maße über mehr Einkommen verfügen. Jeder Arbeitnehmer verlangt zu Recht, dass der Anstieg der Preise über höheres Einkommen ausgeglichen wird. So sind die Spielregeln. Gleiches muss aber auch für uns Kommunen gelten.

„Wir leben über unsere Verhältnisse“. Dieser viel zitierte Satz bietet Diskussionsstoff. Wer ist „Wir“? Und wer bestimmt über unsere „Verhältnisse“? Dem vorhin genannten Preisanstieg um acht Prozent in fünf Jahren stehen in Dettingen Gewerbesteuereinnahmen gegenüber, die sich (jetzt wieder) auf dem Stand der 70er Jahre bewegen.

Vor zehn Jahren hatten wir brutto eine Million Euro mehr Gewerbesteuer als wir Kreisumlage zahlen mussten. 2011 ist dieser Saldo negativ, konkret minus 320.000,-- Euro. Bereits in der vergangenen Gemeinderatssitzung habe ich darauf hingewiesen, dass der kommunale Anteil an den Sozialkosten in Deutschland in zehn Jahren um sage und schreibe 54 % angestiegen ist. Ein weiterer Vergleich: Nehmen wir unsere wichtigsten Einnahmen 2011: Gewerbesteuer 1,35 Millionen und Einkommenssteuer 2,33 Millionen ergibt zusammen 3,68 Millionen. Nach Abzug der vom Staat festgelegten Umlagen bleiben noch 750.000,-- Euro. Zieht man davon allein unseren Zuschussbedarf für unsere Kindertageseinrichtungen ab, sind wir bei minus 2.000,-- Euro. Wo ist da bitte der Spielraum für eine individuelle und gestaltende Kommunalpolitik?

Alle politischen Ebenen bringen immer wieder zum Ausdruck, man könne nur soviel ausgeben, wie man einnimmt. Diesen Worten auch Taten hat nur die kommunale Ebene, zumindest in Baden-Württemberg, in den letzten Jahrzehnten folgen lassen.

„Das Leben wird immer teurer“. Privathaushalte sind heutzutage materiell deutlich besser ausgestattet als früher. Braucht man das alles wirklich? Wo kann man sparen? Wer ehrlich ist, wird einräumen, dass man auf manches verzichten könnte. Wie sieht es bei einer Gemeinde aus? Mit dem Urteil zur gesplitteten Abwassergebühr wurde uns ein unzumutbarer bürokratischer Aufwand mit höheren Kosten für den Gebührenzahler auferlegt. In den nächsten Jahren müssen wir, ob es uns gefällt oder nicht, unsere

Haushaltsführung auf kaufmännische Buchführung umstellen. Sach- und Personalkosten in sechsstelliger Höhe sind die Folge. Auch hier haben wir keine Wahl. Man muss auch kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass unsere Ausgaben für Kindertageseinrichtungen aufgrund des Rechtsanspruchs noch weiter explodieren werden. Aktuell ärgere ich mich über ein neues EDV-Programm zum Personalwesen, das so kompliziert und teuer ist, dass wir gezwungen sein werden, die Abrechnung der Löhne und Gehälter außer Haus geben zu müssen, ohne jedoch dafür Personal einsparen zu können. Warum muss eigentlich immer alles teurerer und warum komplizierter werden?

Die Erkenntnis, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem haben, ist nicht neu. Bedauerlich ist, dass sich daran immer noch nichts geändert hat. Die Krise scheint überstanden. Allerdings werden uns die daraus resultierenden Einmaleffekte noch über Jahre viel Geld kosten. Was wir aber selbst in der Hand haben, sind strukturelle Verbesserungen. Aber, nachdem wir daran schon über ein Jahrzehnt arbeiten, wird die Luft dünner. Herr Neubauer wird ihnen im Anschluss darlegen, dass unsere Kosten für Bewirtschaftung, Gebäudeunterhaltung, Personal und die Geschäftsausgaben annähernd so hoch sind wie vor zehn Jahren. Ohne aktives, strategisch ausgerichtetes Handeln von Gemeinderat und Verwaltung wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Denn das Leben wird, wie gesagt, auch ohne eigenes Zutun, immer teurer.

Mit der Bäderkooperation und dem Umbau der Straßenbeleuchtung haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht. Nun gilt es, weitere Meilensteine unseres Energiekonzeptes umzusetzen. Ich freue mich, dass wir vergangene Woche den Bescheid über Fördermittel aus dem Klimaschutz-Plus-Programm von knapp 120.000,-- Euro erhalten haben. Die Kosten für den Anschluss von Werkrealschule und Schloßberghalle an unser Nahwärmenetz betragen jedoch fast 600.000,-- Euro, bautechnische Maßnahmen zur Wärmedämmung noch gar nicht mitgerechnet. Deshalb haben wir beim Regierungspräsidium einen Antrag auf Mittel aus dem Ausgleichsstock gestellt.

Dieses Beispiel zeigt, dass wir unsere, inzwischen wieder gefüllte Rücklage dringend für Investitionen zur Kosteneinsparung brauchen. Gewaltige Herausforderungen erwarten uns im Bereich Tiefbau. Allein im Alten Guckenrain müssen wir in den nächsten Jahren mehr als fünf Millionen Euro für Kanal-, Wasserleitungs- und Tiefbauarbeiten auf den Tisch legen.

Meine Damen und Herren, wer diese Maßnahmen befürwortet, muss die Finanzierung sicherstellen. Wer Kreditaufnahmen ablehnt, muss, um es direkt zu sagen, höhere Steuern verlangen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Deshalb beantragen wir, die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer anzupassen. Die Sätze und die Auswirkungen wird ihnen im Anschluss Herr Neubauer vorstellen.

Bei der letzten Haushaltsberatung wurde die Frage nach der Zukunft unserer Bücherei gestellt. Dieses Thema haben wir Ende letzten Jahres in einer Sitzung vertieft. Dabei hat sich gezeigt, dass es uns eigentlich gar nicht geben darf, oder anders ausgedrückt, dass es für die Fachleute ein Rätsel ist, wie wir bei einem solch niedrigen Budget so erfolgreich sein können. Unser Kostendeckungsgrad ist im Vergleich rekordverdächtig. Deshalb sage ich: Die Bücherei muss bleiben. Dieses Bildungsangebot müsste uns 2,40 Euro pro Nase wert sein. Da würde ich lieber beim AST sparen. Aber das besprechen wir zu gegebener Zeit.

Meine Damen und Herren,

ich lade Sie ein zum konstruktiven Dialog. Schauen Sie genau hin, seien Sie kritisch, aber auch kreativ, und vor allem ehrlich zu sich selbst. Wir alle sind mal wieder gefordert - wie jedes Jahr.

Erinnern Sie sich an den Neujahrsempfang? Erinnern Sie sich an ABS? Kennen Sie nicht? Anders – Besser – Schneller. Also – Packen wir's an. In den nächsten Wochen stehen Herr Neubauer und ich gerne für Ihre Fraktionsarbeit zur Verfügung. Nutzen Sie bitte dieses Angebot. Wir haben nichts zu verbergen!

Vielen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort)